

An den

- > Familienausschuss des Deutschen Bundestags
- > Verteiler Politik
- > Verteiler Medien
- > Verteiler Fachebene Bund

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestags,  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die gestrigen Beschlüsse der Bundesregierung und der Länder zur Exit - Strategie aus der Covid - 19 Pandemie sind in weiten Teilen sinnvoll und verhältnismäßig. Völlig unzureichend ist allerdings die Güterabwägung zu Lasten der Kinder ausgefallen. Die Warnungen des Deutschen Kinderhilfswerks vor den Folgen haben keine Berücksichtigung gefunden

Das ist umso folgenschwerer, als mit dem Beschluss sämtliche Kontakteinschränkungen und der Wegfall von Alltagsunterstützungen für die Kinder und ihre Eltern ( geschlossene Kitas und Grundschulen, geschlossene Spielplätze, geschlossene Familienzentren, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kontakteinschränkungen zu Verwandten und Freunden ) noch mindestens bis zum 3. Mai bestehen bleiben. Für kleinere Kinder ist dies eine Ewigkeit und mit erheblichen Schädigungen verbunden.

Seit Wochen erreichen mich und andere Fachleute zunehmend mehr Informationen über eine Zuspitzung der Lebenslage von Kindern im Krippen-, Kita- und Grundschulalter.

Die fehlenden Kontakte zu Gleichaltrigen und anderen Erwachsenen , die Bewegungseinschränkungen und die mangelnde Alltagsunterstützung haben jetzt schon zu einer dramatischen Zuspitzung der Gesundheit und seelischen Verfassung vieler Kinder geführt. So hat sich die Ernährungslage in vielen Familien durch den Wegfall der Mahlzeiten in Schule und Kitas dramatisch verschlechtert. Verschlechtert hat sich auch in vielen Familien das zur Verfügung stehende Einkommen bei gleichzeitigen Anstieg der Ausgaben. Viele Tafeln, die arme Familien mit versorgt haben, mussten aufgeben und viele LehrerInnen und SozialpädagogInnen haben kaum noch Kontakt zu den Familien bzw. können nicht helfen. Notwendige Arztbesuche unterbleiben und kranke Eltern und/ oder kranke Kinder müssen sich gegenseitig ohne Hilfe versorgen. Von den schulpflichtigen Kindern haben viele schon jetzt einen kaum noch aufzuholenden Rückstand.

Auf diese strukturellen und politisch verantworteten Zuspitzungen der Lebenslage reagieren zunehmend mehr Jugendämter mit der Aufforderung an Nachbarn, Kindeswohlgefährdungen zu melden und seit zwei Wochen melden sich wieder alleinerziehende Mütter , denen angedroht wurde, aufgrund von Anzeigen aus der Nachbarschaft die Kinder in Obhut zu nehmen. Damit wird den Eltern die Verantwortung und Schuld für Kindeswohlgefährdungen zugeschrieben, die durch einen radikalen Ausschluss von allen Hilfs- und Kontaktmöglichkeiten ausgelöst wurden.

Dieses staatliche Handeln ist hochgradig scheinheilig und kindeswohlgefährdend und bedarf dringend einer Korrektur.

Es ist an Zeit, dass die Jugend- und FamilienpolitikerInnen gemeinsam mit den Fachleuten ihre Stimme zum Wohl der Kinder erheben.

Wenn weiterhin elementare Grundbedürfnisse von Kindern nicht erfüllt werden, drohen langfristige Entwicklungsrückstände und Persönlichkeitsstörungen. Was bei Erwachsenen an Beeinträchtigungen nach Monaten der Isolierung eintritt, ist bei Kindern schon nach Wochen zu beobachten. Jede Woche länger andauernder Kontaktsperre ist für unsere Kinder hoch risikobelastet. Dies gilt zugespitzt noch mehr für die vielen Kinder von Alleinerziehenden, die ohne Unterstützung Beruf, Existenzängste und die Kinderbetreuung allein zu bewältigen haben. Viele dieser meist alleinerziehenden Mütter sind am Ende ihrer Kraft und brauchen dringend Hilfe und Entlastung.

Noch bedrohlicher ist die Situation der 20.000 Straßenkinder in Deutschland. Sie brauchen sofortigen Schutz. Die Jugendherbergen und Jugendhotels müssen für diese Kinder geöffnet werden.

Es ist gesellschaftspolitisch und auch ethisch nicht zu verantworten, dass die Schwächsten in der Gesellschaft weiterhin die Hauptlast aller Einschränkungen zu tragen haben.

Schaffen Sie deshalb die Perspektive für eine baldige Wiedereröffnung der Kitas, Grundschulen und der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe so wie dies in Dänemark seit Mittwoch bereits umgesetzt wird.

Dr. phil. Wolfgang Hammer, Norderstedt  
Soziologe, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Kinderhilfswerks.